

INHALT

1. Das GKV-Versorgungsstrukturgesetz gibt Schleswig-Holstein mehr Gestaltungsspielraum
2. SPD-Schaufensterantrag zum Thema „Rechtspopulismus“
3. Zahl und öffentliche Präsenz von Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein rückläufig
4. Bei der Inklusion ist Schleswig-Holstein bundesweit führend

06.10.2011

Das GKV-Versorgungsstrukturgesetz gibt Schleswig-Holstein mehr Gestaltungsspielraum Sicherung einer wohnortnahen, flächendeckenden medizinischen Versorgung

Am 3. August 2011 hat das Bundeskabinett den Entwurf des GKV-Versorgungsstrukturgesetzes (GKV-VStG) beschlossen. Heute erläuterte die Landesregierung auf Anfrage der CDU-Landtagsfraktion die möglichen Auswirkungen dieses Gesetzes auf Schleswig-Holstein. „Wesentliches Ziel des GKV-VStG ist die Sicherung einer wohnortnahen, flächendeckenden medizinischen Versorgung“, so die Gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Ursula Sassen in ihrem Debattenbeitrag im Landtag.

Der Bericht des Ministers unterstreiche, dass ein weiterer wesentlicher Inhalt des am 1.1.2012 in Kraft tretenden Gesetzes die Stärkung der Länderkompetenzen sei.

Bereits 2005 habe die CDU aufgrund des Versorgungsberichts der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein (KV SH) das Thema eines drohenden Ärztemangels in ländlichen Regionen aufgegriffen und Gegenmaßnahmen angeregt.

Diese werden mit dem Gesetz der Landesregierung zum Beispiel bei der Bedarfsplanung getroffen, so Sassen. Um eine regionsspezifische Regelung treffen zu können, sei mehr Flexibilität und mehr Länderkompetenz erforderlich „Die Reform der in die Jahre gekommenen Bedarfsplanung ist längst überfällig. Sie muss dringend regional neu justiert werden.“

In medizinisch unterversorgten Regionen mit geringer Besiedlungsdichte und/oder älterer Bevölkerung sollen darüber hinaus besondere Vergütungsanreize, unter anderem über die Anpassung der Budgetierung, die Niederlassungsbereitschaft von Ärztinnen und Ärzten fördern. Weiterhin plädierte die Gesundheitspolitikerin für eine Stärkung der Kassenärztlichen Vereinigungen, welche den Sicherstellungsauftrag für die ärztliche Versorgung im Land haben.

Sassen kritisierte die SPD, die seit jeher eine zentralistische Gesundheitspolitik verfolge und die Abschaffung der Kassenärztlichen Vereinigungen anstrebt. „Wir von der CDU stehen für eine Politik, die die Freiberuflichkeit der Ärztinnen und Ärzte stärkt und die Versorgung der

Bevölkerung verbessert“, erklärte Sassen abschließend.

SPD-Schaufensterantrag zum Thema „Rechtspopulismus“ Stegner setzt auf politischen Kampfbegriff

Für die heutige (06. Oktober 2011) Debatte über einen SPD-Antrag zum Thema „Rechtspopulismus“ hatte SPD-Fraktionschef Ralf Stegner auf zehn Minuten Redezeit bestanden. CDU-Redner Niklas Herbst entlarvte den SPD-Antrag als Schaufensterantrag: Er lasse die notwendige inhaltliche Tiefe vermissen. „So werden die prägenden Wesensmerkmale des Rechtspopulismus gar nicht behandelt“, betonte Herbst, der Absatz für Absatz inhaltliche Schwächen des Antrages aufdeckte. Die Vermutung liege nahe, dass es den Antragstellern eher um das Besetzen eines politischen Kampfbegriffes als um eine sachgerechte Auseinandersetzung mit dem Thema geht. Herbst stellte Richtung Stegner fest: „Dies ist streng genommen populistisch“.

CDU und FDP hielten mit einem eigenen Antrag dagegen, mit dem der Landtag Extremismus jeglicher Art verurteilt. Die Bewertung des politischen Populismus könne allerdings nur jede Fraktion für sich vornehmen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Dr. Axel Bernstein, berief sich zur Begründung ausgerechnet auf Aussagen eines Referenten, den die SPD-Fraktion vor kurzem zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen hatte: Professor Dr. Frank Decker.

„Die wissenschaftliche Definition von politischem Populismus ist ausgesprochen aufwändig. Wer diesen Aufwand nicht betreibt, der nutzt den Populismusvorwurf lediglich als politischen Kampfbegriff. Und da machen wir nicht mit“, so Bernstein. Es gelte, gegen jede Form von Extremismus vorzugehen, egal von welcher Seite.

Wie Recht die CDU-Fraktion mit dieser Auffassung hatte, zeigte sich am Redebeitrag von der Heinz-Werner Jeszewski von der Fraktion die LINKE. Er eröffnete seine Rede mit einem moderaten Zitat aus einem Lied „seiner Lieblingsband“, der Politpunkgruppe „Dritte Wahl.“ Bernstein stellt klar: „In anderen Textausschnitten Ihrer Lieblingsband werden Bundeswehrsoldaten, unter UN-Mandat als Rechtsextremisten und Bundespolizisten als Todesschützen und brutale Schläger diffamiert. Das zeigt doch deutlich, wo Sie stehen“, sagte er an den LINKEN gerichtet.

Den SPD-Antrag finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1800/drucksache-17-1867.pdf>

Den Antrag von CDU und FDP finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1900/drucksache-17-1910.pdf>

Zahl und öffentliche Präsenz von Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein rückläufig Abgrenzung gegen jede Form des Extremismus erforderlich

Unmittelbar nach der Debatte über Rechtspopulismus befasste sich der Landtag mit der Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion der LINKEN zum Thema „Neofaschismus und Rechtsextremismus“ in Schleswig-Holstein.

Für die CDU-Fraktion erinnerte deren innenpolitischer Sprecher Werner Kalinka an die einschlägigen Aussagen des Verfassungsschutzberichts 2010, die in der Antwort auf die Große Anfrage Erneuerung finden: „Rückläufig sind Zahl und öffentliche Präsenz von

Rechtsextremisten. Die bedeutendste rechtsextreme politische Kraft ist die NPD, sie beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit sich selbst. Sie erzielt in Schleswig-Holstein keine bedeutenden Wahlerfolge.“

Auch die DVU spiele keine bedeutende Rolle mehr. Und es habe 2010 einen deutlichen Rückgang rechtsextremer Straftaten im Vergleich zu den Vorjahren gegeben.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zeige weitere positive Entwicklungen auf. So seien keine Bestrebungen rechtsextremer Strukturen, mit der Rocker-Szene oder der Hooligan-Szene in systematischen Kontakt zu treten, bekannt. Auch gebe es keine Bestrebungen, sich systematisch an Fußball-Clubs anzudocken.

Kalinka: „Natürlich gibt es auch im rechtsextremen Raum die Absicht, wieder stärker zu werden. Deshalb ist das Thema Rechtsextremismus ernst und verdient durchaus Aufmerksamkeit. Dies gilt jedoch auch für den Linksextremismus: Es sind von Demokraten Abgrenzungen gegen jede Form des Extremismus erforderlich.“

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage finden Sie unter folgendem Link: <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1700/drucksache-17-1755.pdf>

Bei der Inklusion ist Schleswig-Holstein bundesweit führend Landtag diskutiert Bericht des Beauftragten für Menschen mit Behinderung

Der Schleswig-Holsteinische Landtag diskutierte heute über den diesjährigen Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung. Heike Franzen, die zuständige Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, nannte den Bericht eine „gute Arbeitsgrundlage mit vielen Anregungen und Aufträgen“.

Der Bericht lege einen deutlichen Schwerpunkt auf der Umsetzung der Inklusion in Schleswig-Holstein. „Er macht deutlich, dass wir schon ein gutes Stück des Weges der Inklusion, den wir in diesem Land schon einige Jahre beschreiten, vorangekommen sind“, so Franzen.

Es würden bereits rund 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Regelschulen beschult. Damit sei Schleswig-Holstein Spitzenreiter in Deutschland. „Aber wir dürfen auf diesem Weg auch nicht stehen bleiben, müssen weitergehen und neben dem gesetzgeberischen Rahmen den wir haben, auch für die Barrierefreiheit in den Köpfen der Menschen werben“, betonte Franzen.

Sie freue sich, dass auch der Landesbeauftragte nach wie vor zur Kommunalisierung der Eingliederungshilfe stehe, so die Abgeordnete. Dabei seien alle, auch die Verbände und Vertretungen der Menschen mit Behinderung gefragt, sich stärker in die Kommunalpolitik einzubringen. Franzen: „Mit ihrem Expertenwissen könnten sie kommunalpolitische Entscheidungen hervorragend begleiten.“

Der Bericht übe jedoch auch Kritik an der Landesregierung. Unter anderem wünsche sich der Landesbeauftragte in einigen Bereichen mehr Informationen. „Das sollte wohl möglich sein, hier die Zusammenarbeit mit der Landesregierung schnell und unbürokratisch zu verbessern“, unterstelle Franzen den guten Willen beider Seiten.

Abschließend unterstrich Franzen eine Aussage, die sie auf der Inklusionskonferenz des Paritätischen gehört habe: „Behinderte Menschen brauchen auch andere behinderte

Menschen, um sich wohl zu fühlen.“ Die CDU werde diese Anregung aufgreifen und an ihrer Umsetzung arbeiten, versprach sie.

Den Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1700/drucksache-17-1799.pdf>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de